

Bayern stärkt Rüstungsindustrie: Millionenförderung für Sicherheit!

Bayerische Staatsregierung plant Technologieförderung für Rüstungsfirmen zur Stärkung der Verteidigungsindustrie und nationalen Sicherheit.

Bayern, Deutschland - In Zeiten wachsender globaler Unsicherheit zeigt die Rüstungsindustrie in Bayern eine positive Konjunkturentwicklung. Die bayerische Staatsregierung plant umfangreiche Unterstützung für die dort ansässigen Rüstungsunternehmen. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger kündigte Technologieförderzuschüsse in zweistelliger Millionensumme an, wobei die genaue Zahl noch nicht bekannt gegeben wurde. Diese Maßnahmen sind Teil eines umfassenden Zehn-Punkte-Plans, der nach einem Runden Tisch mit 35 Managern bayerischer Unternehmen formuliert wurde. Ziel ist es, die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als strategisch wichtige Schlüsselbranche zu stärken, berichtet die PNP.

Aiwanger betont, dass die Bundeswehr vorrangig militärische Geräte aus heimischer Produktion beschaffen sollte. Zusätzlich plant die Staatsregierung Unterstützung bei Messebeteiligungen, Delegationsreisen und der Vermarktung im Ausland. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Forderung nach einer Lockerung der Exportkontrollen für Rüstungsgüter. Aktuell beschäftigen die bayerischen Rüstungsunternehmen rund 45.000 Personen und erwirtschaften jährlich etwa 4 Milliarden Euro, wobei Unternehmen wie Airbus und KNDS, Hersteller der Leopard-Panzer, zu den bekanntesten gehören.

Gemeinsam stark im Sinne der

Verteidigungsstrategie

Die neue Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie, die gemeinsam vom Verteidigungsministerium und dem Wirtschaftsministerium entwickelt wurde, zielt darauf ab, Deutschlands Verteidigungsfähigkeit allgemein zu stärken und Schlüsseltechnologien zu fördern. Verteidigungsminister Boris Pistorius hebt die Bedeutung innovativer Rüstungsunternehmen hervor, um die Fähigkeit Deutschlands zur Konfliktbewältigung zu gewährleisten. Er betrachtet diese Strategie als Meilenstein in der Beziehung zwischen Staat und Industrie.

Die Strategie soll dabei helfen, die Fähigkeitslücken innerhalb der NATO zu schließen und die Innovationskraft in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu fördern. Wirtschaftsminister Robert Habeck unterstreicht die Notwendigkeit, mehr Unabhängigkeit und Resilienz in der deutschen Sicherheitspolitik zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird die Industrie als unverzichtbarer Bestandteil der nationalen Sicherheitsstrategie angesehen.

Internationale Zusammenarbeit und Exportpolitik

Ein zentraler Aspekt der neuen Strategie liegt in der Stärkung der europäischen Zusammenarbeit zur Verteidigungsfähigkeit. Gleichzeitig wird eine restriktive Rüstungsexportkontrollpolitik verfolgt, wobei Menschenrechte stets als entscheidender Maßstab gelten. Exporte in die Ukraine werden als unproblematisch betrachtet, während Exporte an Staaten wie Saudi-Arabien kritisch hinterfragt werden.

Die Bundesregierung sieht die Verteidigungsindustrie als fundamentalen Pfeiler für nationale Sicherheit und die Stabilität Europas. In diesem Kontext soll die neue Strategie insbesondere den Schutz kritischer Lieferketten und die Verbesserung

finanzieller Rahmenbedingungen fördern, um Investitionen in Sicherheits- und Verteidigungsunternehmen zu erleichtern.

Insgesamt zeichnen sich die bayerischen Rüstungsunternehmen und die Bundesregierung durch ein gemeinsames Ziel aus: die Herstellung einer starken und ressourcenschonenden Industrie, die sowohl innovationsgetrieben als auch robust ist und sich den Herausforderungen der globalen Sicherheitspolitik erfolgreich stellen kann.

Details	
Ort	Bayern, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.pnp.de• www.bmvg.de• defence-network.com

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de